

17.10.03

Beschlussdes Bundesrates

Mitteilung der Kommission der Europäischen Gemeinschaften an den Rat, das Europäische Parlament und den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss: Eine vereinfachte, papierlose Umgebung für Zoll und Handel

Mitteilung der Kommission der Europäischen Gemeinschaften an den Rat, das Europäische Parlament und den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss über die Rolle des Zolls bei einer integrierten Verwaltung der Außengrenzen

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 2913/92 des Rates zur Festlegung des Zollkodex der Gemeinschaften

KOM(2003) 452 endg.; Ratsdok. 11837/03

Der Bundesrat hat in seiner 792. Sitzung am 17. Oktober 2003 gemäß §§ 3 und 5 EUZBLG die folgende Stellungnahme beschlossen:

Der Bundesrat begrüßt grundsätzlich die Bemühungen der Kommission, das Zollverfahren zu vereinfachen und die Sicherheit an den EU-Außengrenzen weiter zu verbessern.

Der Bundesrat hat allerdings insoweit Bedenken, als die in dem Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 2913/92 des Rates zur Festlegung des Zollkodex der Gemeinschaften als Kernpunkt vorgesehene Einführung einer 24-stündigen Voranmeldspflicht für die deutsche Wirtschaft zu inakzeptablen Problemen im Rahmen des internationalen Warenverkehrs führen würde.

Der Bundesrat bittet daher die Bundesregierung, auf EU-Ebene darauf hinzuwirken, dass von dem in dem Verordnungsvorschlag vorgesehenen Voranmeldeverfahren ganz Abstand genommen oder es zumindest derart ausgestaltet wird, dass es den Bedürfnissen der Wirtschaft gerecht wird.